

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 98

Aufenthaltsrecht

von

Dr. Bertold Huber

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht a. D.
Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Johannes Eichenhofer

Universitätsprofessor Universität Leipzig

Prof. Dr. Pauline Endres de Oliveira

Universitätsprofessorin Humboldt-Universität zu Berlin

2., vollständig überarbeitete Auflage 2025



C.H. BECK

beck.de

ISBN 978 3 406 80411 3

© 2025 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort der 2. Auflage

Kaum ein Rechtsgebiet ist so sehr in Bewegung wie das Aufenthaltsrecht. Seitdem die 1. Auflage dieses Buches vor rund sieben Jahren erschienen ist, wurde allein das Aufenthaltsgesetz mehr als vierzigmal geändert, sodass umfassende Überarbeitungen notwendig waren. Zu erinnern sei allein an Folgendes:

- Die Regeln über die Bildungs- und Erwerbsmigration (§§ 16–21 AufenthG) wurden zunächst durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz v. 15.8.2019 (BGBl. I 1307) und vier Jahre später gleich noch einmal durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung vom 16.8.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 217) in weiten Teilen grundlegend neu gefasst.
- Das Recht der Aufenthaltsbeendigung (§§ 50 ff. AufenthG) erfuhr etwa durch das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom 15.8.2019 (BGBl. I 1294) und zuletzt durch das Rückführungsverbesserungsgesetz vom 21.2.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 54) fundamentale Änderungen.
- Die Regelungen über den Familiennachzug (§§ 27 ff. AufenthG) wurden u. a. durch das Familiennachzugsneuregelungsgesetz vom 12.7.2018 (BGBl. I S. 1147) teilweise erheblich modifiziert.
- Im humanitären Aufenthaltsrecht wurde etwa mit dem Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts vom 21.12.2022 (BGBl. I S. 2847) ein gänzlich neues Aufenthaltsrecht geschaffen.
- Ferner musste der gesamte Rechtsrahmen an die mit der DS-GVO (EU) 2016/679 angestoßenen Reform des Europäischen Datenschutzrechts angepasst werden.

Am 14.5.2024 haben die Präsidentin des Europäischen Parlaments und der Präsident des Rates zudem die maßgeblichen Rechtsakte der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) unterzeichnet. Die dadurch notwendige Anpassung des deutschen Migrationsrechts wird sich nicht nur auf das Asylgesetz beschränken, sondern sich auch auf das Aufenthaltsgesetz erstrecken. Hinzu kamen und kommen unzählige Judikate des EuGH, des EGMR, des BVerfG, des BVerwG, der Oberverwaltungs- und der Verwaltungsgerichte.

Diese regelrechte Flut an neuen Regelungen und Entscheidungen stellen nicht nur die behördliche, gerichtliche und anwaltliche Praxis vor große Herausforderungen. Auch uns fiel es in diesen bewegten Zeiten nicht leicht, den richtigen Zeitpunkt für eine Neuauflage abzapassen. Ein solcher scheint gerade gekommen zu sein, da jedenfalls sämtliche der soeben genannten Änderungen – einschließlich der GEAS-Reform (siehe dazu Teil 4) – berücksichtigt werden konnten. Zwar sind bis zur Bundestagswahl 2025 weitere Änderungen, insbesondere zum Recht der Aufenthaltsbeendigung, bereits im Gespräch¹, aber zum Redaktionsschluss am 1.6.2024 noch nicht verabschiedet. Diesen Zeitpunkt wollen wir nutzen, um eine Neuauflage unseres gemeinsamen Werks vorzulegen, das ebenso um Aktualität wie Verständlichkeit bemüht ist.

An dieser Stelle möchten wir uns für den unermüdlichen Einsatz all jener Personen bedanken, die zur Entstehung dieser Neuauflage beigetragen haben. Zu nennen sind für

¹ Siehe dazu den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems“ (BT-Drs. 20/12805) und den Entwurf eines „Zustrombegrenzungs-gesetzes“ der CDU/CSU-Fraktion (BT-Drs. 20/12806).

das Leipziger Team zunächst *Jan Klingler*, *Leo Kölsch*, *Clara Mallon* und *Markus Sade*, die mit großem Einsatz und in erheblichem Umfang in verschiedenen Phasen der Realisierung der in Leipzig zu verfassenden Teile des Manuskripts mitgewirkt haben. *Anna-Lena Priebe* hat zudem beim Korrekturlesen unterstützt. Großer Dank geht auch an *Rhea Kummer*, *Marian Max Rüttsche* und *Milena Zilk* aus dem Berliner Team der Professur für Recht und Migration. Schließlich danken wir Herrn Dr. *Christian Rosner* und Frau *Christina Neuhaus* vom Verlag C.H.Beck, die uns ebenso geduldig wie kooperativ betreut und sich in Windeseile der Formatierung des Manuskripts angenommen haben. Wir hoffen, dass die Neuauflage auf einen ebenso breiten Zuspruch trifft wie die Vorauflage und freuen uns über jede Rückmeldung.

Bertold Huber, Johannes Eichenhofer und Pauline Endres de Oliveira
Frankfurt am Main, Leipzig und Berlin, im September 2024

Bearbeiterverzeichnis (alphabetisch)

Eichenhofer: 1. Teil A, B IV., V., VII. 3, VIII., C, E. VI. 5, 6, H, I, 2. Teil
Endres de Oliveira: 1. Teil B VI–VII 2; 4. Teil
Huber: 1. Teil B I–III, IX–XI, D, E I–IV. 4, VI.7, F–G, J–L; 3. Teil

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII
Teil 1. Aufenthaltsgesetz	1
A. Allgemeine Bestimmungen	1
B. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet	17
C. Integration	335
D. Ordnungsrechtliche Vorschriften	348
E. Begründung und Durchsetzung der Ausreisepflicht (§§ 50 bis 62c AufenthG) ...	359
F. Haftung und Gebühren	464
G. Verfahrensvorschriften	473
H. Datenschutz	486
I. Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration (§§ 92 bis 94 AufenthG) ...	496
J. Straf- und Bußgeldvorschriften (§§ 95 bis 98 AufenthG)	497
K. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung (§§ 98a bis 98c AufenthG)	501
L. Schluss- und Übergangsvorschriften (§§ 101 bis 107 AufenthG)	506
Teil 2. Die Rechtsstellung nach dem Recht der Europäischen Union und dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum	509
A. Einleitung	509
B. Unionsrechtliches Freizügigkeitsrecht (§ 2 FreizügG/EU)	512
Teil 3. Das Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsrecht EG-Türkei	543
A. Allgemeines	543
B. Türkische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Art. 6 ARB 1/80)	546
C. Art. 7 ARB 1/80	568
D. Beschränkungen assoziationsrechtlicher Aufenthalts- und Beschäftigungsrechte nach Art. 14 ARB 1/80	576
Teil 4. Grundzüge des Asylrechts	581
A. Das Asyl- und Flüchtlingsrecht im Lichte des Völker- und Unionsrechts	581
B. Grundzüge des Asylverfahrens	593
C. Die Abschiebungsverbote nach § 60 AufenthG	630
Sachverzeichnis	641

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII
Teil 1. Aufenthaltsgesetz	1
A. Allgemeine Bestimmungen	1
I. Ziele und Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes (§ 1 AufenthG)	1
1. Einführung: Das Aufenthaltsgesetz und andere Quellen des Aufenthaltsrechts	1
2. Anwendungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	6
3. Verordnungsermächtigungen	7
II. Begriffsbestimmungen	7
1. Legaldefinitionen (§ 2 AufenthG)	7
2. Sonstige Grundbegriffe des Aufenthaltsrechts	15
B. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet	17
I. Allgemeines	17
1. Passpflicht (§ 3 AufenthG)	17
2. Erfordernis eines Aufenthaltstitels (§ 4 AufenthG)	19
3. Zugang zur Erwerbstätigkeit (§ 4a AufenthG)	20
II. Einreise	22
1. Grenzübertritt (§ 13 AufenthG)	22
2. Unerlaubte Einreise und Ausnahmervisum (§ 14 AufenthG)	22
3. Zurückweisung (§ 15 AufenthG)	23
4. Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer (§ 15a AufenthG)	28
III. Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels	29
1. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen (§ 5 AufenthG)	29
2. Visum (§ 6 AufenthG)	39
3. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis (§ 7 AufenthG)	45
4. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis (§ 8 AufenthG)	48
5. Blaue Karte EU (§ 18g AufenthG)	49
6. ICT-Karte (§ 19 AufenthG)	49
7. Mobiler-ICT-Karte (§ 19b AufenthG)	49
8. Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)	50
9. Die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§§ 9a bis 9c AufenthG)	50
10. Aufenthaltstitel bei Asylantrag (§ 10 AufenthG)	50
11. Einreise- und Aufenthaltsverbot (§ 11 AufenthG)	53
12. Geltungsbereich eines Aufenthaltstitels und Nebenbestimmungen (§ 12 AufenthG)	66
13. Wohnsitzauflagen (§ 12a AufenthG)	70
IV. Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung, §§ 16–17 AufenthG	71
1. Übersicht	71
2. Grundsatz des Aufenthalts zum Zweck der Ausbildung, § 16 AufenthG ..	72
3. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Berufsausbildung oder der beruflichen Weiterbildung, § 16a AufenthG	73
4. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums (§ 16b AufenthG)	79
5. Mobilität im Rahmen des Studiums (§ 16c AufenthG)	89
6. Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (§ 16d AufenthG)	91
7. Aufenthaltserlaubnis für ein studienbezogenes Praktikum (§ 16e AufenthG)	94

8. Aufenthaltserlaubnis für Sprachkurse, Schüleraustausch und Schulbesuch (§ 16f AufenthG)	95
9. Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung für Asylbewerber und ausreisepflichtige Ausländer, § 16g AufenthG	97
10. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz, § 17 AufenthG	103
V. Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	107
1. Grundlagen	107
2. Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit (§§ 39 bis 42 AufenthG)	112
3. Allgemeine Bestimmungen zur Zulassung zum Arbeitsmarkt (§ 18 AufenthG)	115
4. Aufenthaltserlaubnis für unselbständig beschäftigte Fachkräfte (§ 18a, § 18b AufenthG)	120
5. Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte und Forscher (§ 18c AufenthG) ..	121
6. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung (§ 18d AufenthG)	126
7. Mobilität für Forscher	129
8. Blaue Karte EU (§ 18g AufenthG)	132
9. Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU	136
10. Aufenthaltstitel zum Zweck eines unternehmensinternen Transfers (§§ 19-19b AufenthG)	138
11. Sonstige Beschäftigungszwecke und Beamte (§ 19c AufenthG)	142
12. Aufenthaltserlaubnis für qualifiziert Geduldete (§ 19d AufenthG)	144
13. Europäischer Freiwilligendienst (§ 19e AufenthG)	146
14. Ablehnungs- und Ausschlussgründe (§ 19f AufenthG)	147
15. Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte zum Zweck der Arbeitsplatzsuche (§ 20 AufenthG), Chancenkarte und Punktesystem (§§ 20a, 20b AufenthG)	148
16. Aufenthaltstitel zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit (§ 21 AufenthG)	153
VI. Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen ...	157
1. Überblick	157
2. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen eines Aufenthalts aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	159
3. Aufnahme aus dem Ausland (§ 22 AufenthG)	164
4. Aufenthaltsgewährung durch die oberste Landesbehörde, Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen und Neuansiedlung von Schutzsuchenden (§ 23 AufenthG)	169
5. Aufenthaltsgewährung in Härtefällen (§ 23a AufenthG)	176
6. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG) ..	180
7. Aufenthalt aus humanitären Gründen (§ 25 AufenthG)	185
8. Die Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende (§ 25a AufenthG)	202
9. Die Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	208
10. Dauer und Verfestigung des Aufenthalts (§ 26 AufenthG)	213
11. Wohnsitzregelungen für Personen mit humanitären Aufenthaltstiteln ...	218
VII. Altfallregelungen (§§ 104a und 104b AufenthG) und Chancenaufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG)	222
1. Die Altfallregelung nach § 104a AufenthG	222
2. Das Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von Geduldeten nach § 104b AufenthG	223
3. Chancen-Aufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG)	224
VIII. Aufenthalt aus familiären Gründen (§§ 27 bis 36 AufenthG)	231
1. Übersicht	231
2. Der Schutz von Ehe und Familie im Verfassungs-, Völker- und Europarecht	231
3. Die Regelung des Familiennachzugs im AufenthG	247
4. Familiennachzug zu Deutschen (§ 28 AufenthG)	265
5. Familiennachzug zu Ausländern (§ 29 AufenthG)	274
6. Ehegattennachzug zu Ausländern (§ 30 AufenthG)	281

7. Eigenständiges Aufenthaltsrecht des Ehegatten (§ 31 AufenthG)	291
8. Kindernachzug zu Ausländern (§ 32 AufenthG)	299
9. Geburt des Kindes im Bundesgebiet (§ 33 AufenthG)	304
10. Aufenthaltsrecht der Kinder (§ 34 AufenthG)	305
11. Eigenständiges unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder (§ 35 AufenthG)	306
12. Nachzug der Eltern oder sonstiger Familienangehöriger (§ 36 AufenthG)	307
13. Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (§ 36a AufenthG)	309
14. Rechtsschutz beim Familiennachzug	312
IX. Besondere Aufenthaltsrechte	312
1. Recht auf Wiederkehr (§ 37 AufenthG)	312
2. Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche (§ 38 AufenthG)	317
3. Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union langfristig Aufenthaltsberechtigte (§ 38a AufenthG)	319
X. Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)	321
1. Regelungsgehalt der Niederlassungserlaubnis (§ 9 Abs. 1 AufenthG)	322
2. Voraussetzungen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis (§ 9 Abs. 2 AufenthG)	323
3. Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 AufenthG	328
4. Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG	328
XI. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§§ 9a bis 9c AufenthG)	328
1. Regelungsgehalt der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU	329
2. Ausschluss vom Rechtsanspruch auf eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt- EU (§ 9a Abs. 3 AufenthG)	329
3. Voraussetzungen für die Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt- EU (§ 9a Abs. 2 AufenthG)	330
C. Integration	335
I. Allgemeines	335
1. Begriff der Integration	335
2. Das „Fördern und Fordern“ von Integrationsleistungen als Integrationskonzept	336
3. Insbesondere: Die Integrationskurse (§§ 43–44a AufenthG)	339
II. Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs (§ 44 AufenthG)	340
III. Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs (§ 44a AufenthG) . .	342
1. Teilnahmeverpflichtung (§ 44a Abs. 1 und 1a AufenthG)	342
2. Ausnahmen von der Teilnahmeverpflichtung (§ 44a Abs. 2 und 2a AufenthG)	343
3. Rechtsfolgen der Pflichtverletzung (§ 44a Abs. 3 AufenthG)	344
IV. Integrationsprogramm und weitere Integrationsangebote (§ 45 AufenthG) . .	345
V. Berufsbezogene Deutschsprachförderung (§ 45a AufenthG)	346
VI. Weitere Informations- und Beratungsangebote (§ 45b und § 45c AufenthG) .	346
D. Ordnungsrechtliche Vorschriften	348
I. Ordnungsverfügungen (§ 46 AufenthG)	349
II. Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung (§ 47 AufenthG)	350
1. Personeller Anwendungsbereich	351
2. Grundsatz der Freiheit zur politischen Betätigung	351
3. Eingriffsbefugnis nach § 47 Abs. 1 S. 2 AufenthG	351
4. Eingriffsbefugnis nach § 47 Abs. 2 AufenthG	354
III. Mitwirkungspflichten/Lichtbildabgleich (§ 47a AufenthG)	355
IV. Ausweisrechtliche Vorschriften (§ 48 AufenthG)	355
V. Erhebung von Zugangsdaten (§ 48a AufenthG)	357
VI. Feststellung und Sicherung der Identität (§ 49 AufenthG)	357
E. Begründung und Durchsetzung der Ausreisepflicht (§§ 50 bis 62c AufenthG) . .	359
I. Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG)	359
II. Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts (§ 51 AufenthG)	361
1. Erlöschen eines Aufenthaltstitels	361
2. Verlust der Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels	363

3. Fortgeltung von räumlichen und sonstigen Beschränkungen sowie von Auflagen	363
4. Aufhebung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG und Ausweisung oder Anordnung der Abschiebung des Inhabers einer solchen Aufenthaltserlaubnis	364
5. Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU	365
III. Widerruf eines Aufenthaltstitels (§ 52 AufenthG)	365
1. § 52 Abs. 1 AufenthG	365
2. § 52 Abs. 2 bis Abs. 2c AufenthG	367
3. Widerruf einer zum Zweck des Studiums erteilten Aufenthaltserlaubnis (§ 52 Abs. 3 AufenthG)	367
4. Widerruf einer zum Zweck der Forschung erteilten Aufenthaltserlaubnis (§ 52 Abs. 4 AufenthG)	368
5. Widerruf einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16e AufenthG oder § 19e AufenthG (§ 52 Abs. 4a AufenthG)	368
6. Widerruf einer zum Opferschutz erteilten Aufenthaltserlaubnis (§ 52 Abs. 5 AufenthG)	368
7. Widerruf einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG (§ 52 Abs. 6 AufenthG)	369
IV. Rücknahme eines Aufenthaltstitels (§ 48 VwVfG)	369
V. Ausweisung (§§ 53 bis 56 AufenthG)	369
1. Neugestaltung des Ausweisungsrechts mit Wirkung zum 1.1.2016	370
2. Ausweisung als ordnungsrechtliche Maßnahme	371
3. Grundtatbestand der Ausweisung (§ 53 AufenthG)	372
4. Ausweisungsinteresse (§ 54 AufenthG)	379
5. Besonderer Ausweisungsschutz auf Grund völkerrechtlicher Verträge	385
6. Überwachung ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit (§ 56 AufenthG)	387
7. Elektronische Aufenthaltsüberwachung (§ 56a AufenthG)	389
VI. Durchsetzung der Ausreisepflicht (§§ 57 bis 62 AufenthG)	389
1. Zurückschiebung (§ 57 AufenthG)	389
2. Abschiebung (§ 58 AufenthG)	391
3. Abschiebungsanordnung (§ 58a AufenthG)	398
4. Androhung der Abschiebung (§ 59 AufenthG)	401
5. Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung durch Duldung (§§ 60a–60d AufenthG)	407
6. Räumliche Beschränkung, Wohnsitznahmepflicht und Ausreiseeinrichtungen (§ 61 AufenthG)	436
7. Abschiebungshaft (§§ 62, 62a AufenthG)	440
8. Ausreisegewahrsam (§ 62b AufenthG)	462
9. Ergänzende Vorbereitungschaft (§ 62c AufenthG)	463
F. Haftung und Gebühren	464
I. Pflichten der Beförderungsunternehmer (§ 63 AufenthG)	464
II. Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer (§ 64 AufenthG)	465
III. Pflichten der Flughafenunternehmer (§ 65 AufenthG)	466
IV. Kosten ausländerrechtlicher Maßnahmen (§ 66 AufenthG)	466
V. Umfang der Kostenhaftung (§ 67 AufenthG)	468
VI. Haftung für Lebensunterhalt (§§ 68 und 68a AufenthG)	468
VII. Gebühren (§ 69 AufenthG iVm §§ 44 ff. AufenthV)	471
1. Gebühren für die Niederlassungserlaubnis (§ 44 AufenthV)	471
2. Gebühren für die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 44a AufenthV)	471
3. Gebühren für die Aufenthaltserlaubnis (§ 45 AufenthV)	471
4. Gebühren für sonstige Fälle (§§ 45b und 45c AufenthV)	472
5. Gebühren für das Visum (§ 46 AufenthV)	472
6. Gebühren für sonstige aufenthaltsrechtliche Amtshandlungen und für pass- und ausweisrechtliche Maßnahmen (§§ 47 und 48 AufenthV)	472
7. Sonstige Gebühren (§§ 49 bis 51 AufenthV)	472

8. Befreiungen und Ermäßigungen sowie zwischenstaatliche Vereinbarungen (§§ 52 bis 54 AufenthV)	472
9. Verjährung (§ 70 AufenthG)	473
G. Verfahrensvorschriften	473
I. Zuständigkeit (§§ 71, 71a und 75 AufenthG)	473
II. Beteiligungserfordernisse (§§ 72 bis 74 AufenthG)	474
III. Verfahrenssprache Deutsch und fremdsprachige Dokumente	476
IV. Ausländerrechtliche Handlungsfähigkeit (§ 80 AufenthG)	477
V. Grundsätzliches Antragerergebnis im Verfahren auf Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels (§ 81 Abs. 1 AufenthG)	477
VI. Eintritt der Fiktionswirkung (§ 81 Abs. 2 bis 7 AufenthG)	478
VII. Beschleunigtes Fachkräfteverfahren (§ 81a AufenthG)	479
VIII. Besondere Mitwirkungspflichten und Präklusionsregelungen (§ 82 AufenthG)	480
IX. Beschränkung der Anfechtbarkeit (§ 83 Abs. 1 AufenthG)	481
X. Partieller Ausschluss des Widerspruchsverfahrens (§ 83 Abs. 2 und 3 AufenthG)	481
XI. Wirkungen von Widerspruch und Klage (§ 84 AufenthG)	481
XII. Klageart und einstweiliger Rechtsschutz	482
1. Ablehnung eines Aufenthaltstitels	482
2. Nachträgliche Befristung der Geltungsdauer einer Aufenthaltserlaubnis	483
3. Ausweisung	483
4. Abschiebung	483
5. Maßgeblicher Zeitpunkt für die gerichtliche Überprüfung einer ausländerrechtlichen Maßnahme	484
6. Wechsel der örtlich zuständigen Ausländerbehörde	484
XIII. Berechnung von Aufenthaltszeiten (§ 85 AufenthG)	485
XIV. Missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft (§ 85a AufenthG)	485
H. Datenschutz	486
I. Erhebung personenbezogener Daten (§§ 86, 86a AufenthG)	488
II. Übermittlungen an Ausländerbehörden (§§ 87, 88, 88a AufenthG)	489
III. Übermittlungen durch Ausländerbehörden (§ 90 AufenthG)	494
IV. Mitteilungen der Ausländerbehörden an die Meldebehörden und Datenabgleich (§§ 90a und 90b AufenthG)	494
V. Datenübermittlung im Visumverfahren (§ 90c AufenthG)	495
VI. Speicherung und Löschung personenbezogener Daten (§ 91 AufenthG)	495
VII. Sonstige datenschutzrechtliche Bestimmungen (§§ 91a bis 91i AufenthG)	495
I. Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration (§§ 92 bis 94 AufenthG)	496
J. Straf- und Bußgeldvorschriften (§§ 95 bis 98 AufenthG)	497
I. Strafvorschriften (§§ 95 bis 97 AufenthG)	497
1. § 95 AufenthG	497
2. § 96 AufenthG: Einschleusen von Ausländern und Personen, auf die das Freizügigkeitsgesetz/EU Anwendung findet	498
3. § 97 AufenthG: Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen	499
4. § 97a AufenthG – Geheimhaltungspflichten	500
II. Bußgeldvorschriften (§ 98 AufenthG)	500
K. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung (§§ 98a bis 98c AufenthG)	501
I. Anwendungsbereich der RL 2009/52/EG (Sanktionen-RL)	501
II. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung (§§ 98a bis 98c AufenthG)	502
1. Vergütung eines illegal beschäftigten Drittstaatsangehörigen (§ 98a AufenthG)	502
2. Ausschluss des Arbeitgebers von Subventionen (§ 98b AufenthG)	504
3. Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge (§ 98c AufenthG)	505
4. Betriebsschließung auf Grund illegaler Beschäftigung	506

L. Schluss- und Übergangsvorschriften (§§ 101 bis 107 AufenthG)	506
I. Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte (§ 101 AufenthG)	507
II. Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung (§ 102 AufenthG)	507
III. Anwendung bisherigen Rechts (§ 103 AufenthG)	508
IV. Übergangsregelungen (§ 104 AufenthG)	508
 Teil 2. Die Rechtsstellung nach dem Recht der Europäischen Union und dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum	 509
A. Einleitung	509
B. Unionsrechtliches Freizügigkeitsrecht (§ 2 FreizügG/EU)	512
I. Freizügigkeitsberechtigter Personenkreis (§ 2 Abs. 2 FreizügG/EU)	513
1. Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 AEUV)	514
2. Niederlassungsfreiheit	518
3. Erbringer von Dienstleistungen	518
4. Empfänger von Dienstleistungen	518
5. Nichterwerbstätige Unionsbürger	519
6. Familienangehörige	519
7. Inhaber eines Daueraufenthaltsrechts	520
II. Recht auf Einreise und Aufenthalt	521
1. Unionsbürger	521
2. Drittstaatsangehörige Familienangehörige	522
III. Fortbestand des Aufenthaltsrechts	523
IV. Eigenständiges Aufenthaltsrecht	523
1. Eigenständiges Aufenthaltsrecht Hinterbliebener (Abs. 2)	524
2. Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Kindern wegen Ausbildung (Abs. 3)	525
3. Eigenständiges Aufenthaltsrecht bei Scheidung oder Aufhebung der Ehe (Abs. 4)	525
V. Aufenthalt nahestehender Personen (§ 3a FreizügG/EU)	526
VI. Daueraufenthaltsrecht (§ 4a FreizügG/EU)	527
1. Daueraufenthaltsrecht von Unionsbürgern (§ 4a Abs. 1 FreizügG/EU) ..	527
2. Erleichtertes Daueraufenthaltsrecht (§ 4a Abs. 2 FreizügG/EU)	528
3. Erwerb eines Daueraufenthaltsrechts durch Familienangehörige (§ 4a Abs. 3 bis 5 FreizügG/EU)	529
4. Unbeachtliche Abwesenheitszeiten (§ 4a Abs. 6 FreizügG/EU)	529
5. Verlust des Daueraufenthaltsrechts (§§ 4a Abs. 7, 5 Abs. 4 FreizügG/EU)	530
VII. Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt (§ 6 FreizügG/EU)	530
1. Strafrechtliche Verurteilungen	533
2. Verstoß gegen aufenthalts- und melderechtliche Vorschriften	535
3. Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt aus Gründen der öffentlichen Gesundheit	535
4. Verfahrensrechtliche Vorgaben (§ 6 Abs. 8 FreizügG/EU)	536
VIII. Ausreisepflicht, Einreise- und Aufenthaltsverbot sowie Befristung (§ 7 FreizügG/EU)	536
1. Ausreisepflicht (§ 7 Abs. 1 FreizügG/EU)	537
2. Einreise- und Aufenthaltsverbot (§ 7 Abs. 2 S. 1 bis 3 FreizügG/EU) ...	537
3. Befristung der Wirkung eines Einreise- und Aufenthaltsverbots (§ 7 Abs. 2 S. 5 bis 8 FreizügG/EU)	538
IX. Ausweispflicht und Datenerhebung	539
1. Ausweispflicht und Identitätsfeststellung (§ 8 FreizügG/EU)	539
2. Datenerhebung und -abgleich	540
X. Anwendung des Aufenthaltsgesetzes (§ 11 FreizügG/EU)	540
1. Entsprechend anwendbare Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes (§ 11 Abs. 1 FreizügG/EU)	540
2. Anwendung des Aufenthaltsgesetzes (§ 11 Abs. 14 FreizügG/EU)	542
3. Rechtmäßige Aufenthaltszeiten (§ 11 Abs. 15 FreizügG/EU)	542
XI. Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren (§ 14 FreizügG/EU)	542

Teil 3. Das Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsrecht EG-Türkei	543
A. Allgemeines	543
I. Assoziation EWG-Türkei	543
II. Bildung und Tätigkeit des Assoziationsrates EWG-Türkei	545
III. Zielsetzung des Assoziationsratsbeschlusses Nr. 1/80	546
B. Türkische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Art. 6 ARB 1/80)	546
I. Art. 6 ARB 1/80 als aufenthaltsrechtliche Vorschrift	546
II. Kein Recht auf freie Einreise türkischer Arbeitnehmer	548
III. Türkische Arbeitnehmer als Begünstigte des Art. 6 ARB 1/80	548
1. Arbeitnehmerbegriff	548
2. Ausschluss freizügigkeitsrechtlicher Vergünstigungen bei Beschäftigung in der „öffentlichen Verwaltung“	550
3. Erfordernis einer „ordnungsgemäßen Beschäftigung“	550
4. Einzelne Fallgruppen	552
5. Die einzelnen Verfestigungsstufen des Art. 6 Abs. 1 ARB 1/80 EWG-TR	555
6. Art. 6 Abs. 2 ARB 1/80	560
7. Sonstige Verlusttatbestände	563
8. Art. 6 Abs. 3 ARB 1/80	566
9. Verfahrensrechtliche Auswirkungen des Art. 6 ARB 1/80	566
10. Schadensersatz bei Nichtbeachtung der assoziationsrechtlichen Vergünstigungen	567
C. Art. 7 ARB 1/80	568
I. Allgemeines	568
1. Zielsetzung des Art. ARB 1/80	568
2. Kein unmittelbarer und unbedingter Anspruch auf Familiennachzug	568
3. Aufenthaltsrechtliche Bedeutung des Art. 7 ARB 1/80	569
II. Art. 7 S. 1 ARB 1/80	569
1. Nachgezogene Familienangehörige iSd Art. 7 S. 1 Beschl. 1/80 EWG-TR	569
2. Die einzelnen Verfestigungsstufen des Art. 7 S. 1 ARB 1/80	572
III. Sonderstatus für Kinder türkischer Arbeitnehmer gem. Art. 7 S. 2 ARB 1/80	573
IV. Verhältnis von Art. 7 ARB 1/80 zu Art. 6 ARB 1/80	574
V. Verlust der Rechte aus Art. 7 ARB 1/80	575
D. Beschränkungen assoziationsrechtlicher Aufenthalts- und Beschäftigungsrechte nach Art. 14 ARB 1/80	576
I. Allgemeines	576
II. Unionsrechtliche Anforderungen an Beschränkungsmaßnahmen nach Art. 14 Abs. 1 ARB 1/80	576
III. Rechtmäßigkeit von Beschränkungsmaßnahmen nach Art. 14 Abs. 1 ARB 1/80	578
1. Strafrechtliche Verurteilungen	578
2. Verstoß gegen aufenthalts- und melderechtliche Vorschriften	578
3. Sozialhilfebedürftigkeit	579
4. Verfahrensrechtliche Anforderungen	579
Teil 4. Grundzüge des Asylrechts	581
A. Das Asyl- und Flüchtlingsrecht im Lichte des Völker- und Unionsrechts	581
1. Die Entstehung des internationalen Flüchtlingsrechts	581
2. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)	583
3. Flüchtlingsschutz in Deutschland	591
B. Grundzüge des Asylverfahrens	593
1. Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	593
2. Ankunft und Registrierung von Asylsuchenden	594
3. Verweigerung der Einreise und Zurückschiebung	595
4. Der Asylantrag	596
5. Die Rechtsstellung von Asylsuchenden	600
6. Das Verfahren zur Prüfung der Zuständigkeit – „Dublin-Verfahren“	611

7. Die Anhörung zu den Fluchtgründen	617
8. Die materielle Prüfung des Asylantrags	619
9. Die Entscheidungsmöglichkeiten des BAMF	626
10. Rechtsschutz	628
C. Die Abschiebungsverbote nach § 60 AufenthG	630
I. Allgemeines	630
II. Das Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 1 AufenthG	630
1. Das Gebot des Non-Refoulement	631
2. Der Ausschlussgrund nach § 60 Abs. 8 AufenthG	631
3. Aufenthaltsrechtliche Folgen eines Ausschlusses	632
III. Drohen eines ernsthaften Schadens: § 60 Abs. 2 AufenthG	632
IV. Drohende Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe: § 60 Abs. 3 AufenthG	633
V. Auslieferung und Abschiebung: § 60 Abs. 4 AufenthG	634
VI. Strafverfahren im Ausland: § 60 Abs. 6 AufenthG	634
VII. Nationale Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG	635
1. Abschiebungsverbote nach der EMRK: § 60 Abs. 5 AufenthG	636
2. Das Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 AufenthG	637
Sachverzeichnis	641